

vierteljährlich im Stadt, Orts- und Nachbarortsbereich: M. 2.10, außerhalb M. 2.30 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Monatsheftes 10 P. Fernsprechanzeige täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. 2

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 16 Pfennig. Die Reklamzeile oder deren Raum 25 Pfennig. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen entsprechende Rabatte. Bei geschäftlicher Einstellung und Kontur ist der Rabatt unanwendbar.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 8 Druck und Verlag in Altensteig. Samstag, den 11. Januar. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1919.

Die Gegenrevolution.

Die „Frankf. Nachrichten“ melden aus Berlin: Die furchtbaren Straßenkämpfe in Berlin haben in der Nacht zum Freitag einen nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt erreicht. Der Schlesische Bahnhof ist nach stundenlangem Kampfe mit Maschinengewehrfeuer und Geschützen durch die Regierungstruppen zurückerobert worden. Mehrere hundert tote Spartakisten, fast alle mit Wundschüssen, liegen im Bahnhofsgebäude. Die Straße Unter den Linden ist im Besitz der Regierungstruppen. Es werden mehrfach Steilgeschüsse aufgestellt, mutmaßlich um von hier aus über das Schloss hinweg das Polizeipräsidium zu beschleßen. Stundenlange Kämpfe hat es im Zeitungsquartier in der Jerusalemstraße gegeben. Hier hatte es bis gestern Abend an 90 Tote und zahlreiche Verwundete gegeben. Die Döberlinger Dierstraße ist von Regierungstruppen besetzt. Für heute, spätestens morgen, ist die Verhängung des verhängenen Belagerungszustands und des Ständrechts in Berlin zu erwarten.

Die Matrosen mahnen zur Einstellung der Kämpfe, da sonst nur die Bürgerlichen triumphieren würden. Die Folgen. Karlsruhe, 10. Jan. Die Rheinlinie ist erneut streng geschlossen. Die esch-Lothringischen Bahnen sind für alle Transporte, außer für Lebensmittel, gesperrt. Nach zuverlässigen Nachrichten sind zwischen Straßburg und Keßlar starke Massen französischer Kolonialtruppen zusammengezogen.

Aus dem Reich. Düsseldorf, 10. Jan. In der Nacht auf Donnerstag zum 10. Januar wurden der Düsseldorfer Handelskammer, Brandi, Gymnasialdirektor Freytröpel und der Stadterordnete Paul Siebel durch den Spartakusbund verhaftet worden. Die Spitzen der Behörden, hochgestellte Beamte und weitere angesehene Bürger, zusammen 150 Personen, waren rechtzeitig gewarnt worden und hatten sich in Sicherheit bringen können. Die Polizei ist gestern nachmittag von dem Spartakusbund entlassen worden. Die Polizeibeamten veranfaßten gestern nachmittag eine Versammlung, um gegen diese Maßnahme zu protestieren.

Hamburg, 10. Jan. Auf Androhung des Arbeiter- und Soldatenrats ist das Erscheinen des sog. „Hamburger Echo“ vorläufig verboten worden, weil das „Echo“ hinter der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske stehe, was die Mehrheit des Arbeiter- und Soldatenrats nicht billige. Gestern Abend wurden auf dem Gänsemarkt Soldaten der Sicherheitswache, die in einem Automobil saßen, erschossen. Einer der Soldaten erhielt lebensgefährliche Schüsse in den Unterleib. Ein zweiter Soldat erhielt eine leichte Schußwunde. Die Täter entkamen.

Brüssel, 10. Jan. (Neuter.) Anlässlich der Unruhen in Düsseldorf haben sich die dortigen deutschen Beamten unter belgischen Schutz gestellt. Der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister haben die belgischen Behörden ersucht, einzugreifen.

Braunschweig, 10. Jan. Wie das Amtsblatt erzählt, ist eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien der Republik Braunschweig zur Nationalversammlung zustande gekommen.

München, 10. Jan. Gruppen von Spartakisten veranfaßen in verschiedenen Straßen, besonders am Bahnhof, Unruhen. Wahlflugblätter der anderen Parteien wurden in Massen vernichtet. Für heute ist eine Gegenkundgebung der Regierungstreuen geplant.

Der Putsch in Stuttgart.

Stuttgart, 10. Jan. Zu dem gestrigen Putsch der Unabhängigen, der Spartakusleute und des „Roten Soldatenbunds“ erfahren wir: Durch aufreizende Flugblätter, die auch vom „Verband der Kriegsbeschädigten“ unterzeichnet waren, der Verband legt hingegen energische Verwahrung ein, da er mit der Sache nichts zu tun habe und der Name mißbräuchlich auf die Zettel gesetzt worden sei, wurde eine Kundgebung gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, die württ. Regierung und die Gemeindeverwaltung (weil die Unterführungen der Arbeitslosen in Stuttgart zu niedrig sei) angeordnet. Auf dem Schlosshof sprachen Münzenberg, Engelhardt, Clara Zetkin, der frühere Kriegsminister Schreiner, Hörmle u. a., doch fanden die Redner auch starken Widerspruch. Um 11 Uhr zogen die Teilnehmer mit roten Fahnen und Plakaten „Soldaten, nicht schießen!“ vor das Arbeitsministerium (Ständehaus) und das Staatsministerium (Königsstraße), von dem aus wieder Münzenberg u. a. scharfe Angriffe gegen die Regierung richteten. Dann

ging vor das Rathaus. Vom Oberbürgermeister wurde die Neubefehung des Arbeitsamts, die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die Absetzung der bürgerlichen Kollegien verlangt. Oberbürgermeister Lautenschlager erklärte, daß er dazu kein Recht habe.

Nachmittags fanden sich die Demonstranten wieder zusammen. Die ungläublichsten Gerüchte durchschwirren die Straßen. Die Gefangensetzung des Ministers Lindemann scheint sich nicht zu bestätigen. Festige Reden erregten die Menge immer mehr. Nach 6 Uhr abends zogen die Demonstranten vor das „Neue Tagblatt“, das besetzt und zum Druck einer besonderen Ausgabe „Die rote Flut“ in 100 000 Exemplaren gezwungen wurde. Dieses Blatt enthält die extremen Forderungen der Radikalen, wie Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, Entsetzung der bürgerlichen Kollegien, Uebernahme der Stadtverwaltung durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die württ. Regierung soll die Reichsregierung veranlassen, sofort in Beziehungen zur russischen Sowjetregierung zu treten und sich selbst mit dieser in Verbindung zu setzen. Die Truppen sollen nicht gegen die streikenden Arbeiter verwendet werden. Banken, Großgrundbesitz sollen sofort beschlagnahmt, die Bergwerke den Arbeitern übergeben werden. Die Regierung Ebert-Scheidemann soll aufgehoben und die Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte übernommen werden. Die königlichen Domänen sollen eingezogen, den Arbeitern das Aufsichtsrecht über die industriellen Betriebe übertragen, leerstehende Schlösser und Villen zu Arbeiterwohnungen umgewandelt, reaktionäre Beamte entlassen, die Offiziere entwaffnet, die revolutionären Arbeiter bewaffnet werden usw. Der Streik wird am 10. Januar fortgesetzt.

Am späteren Abend sammelte sich vor dem „Neuen Tagblatt“ eine große Menge an, die gegen die Radikalen Stellung nahm, auch regierungstreue Truppen erschienen, die die Radikalen im Tagblattgebäude belagerten. Letztere wurden heute morgen gegen Auslieferung der Waffen freigelassen.

Gegen 7 Uhr abends bildete sich auf dem Schlossplatz unaufgefordert eine Versammlung aller Parteien, die gegen die Radikalen demonstrierte. Die Menge, auf Tausende angewachsen, zog zur Notbäckerei. Infolge eines Mißverständnisses wurden aus der Kaserne, die regierungstreue ist, einige Schüsse abgegeben, wodurch einige Personen verwundet worden sein sollen. Daraufhin zerstreute sich die Versammlung. Aber kurze Zeit nachher erschienen die Spartakusleute vor der Kaserne und versuchten einzudringen. Wieder fielen einige Schüsse die verschiedene Opfer forderten, Schreiner betrat die Kaserne; er wurde aber feindlich empfangen. Schreiner erklärte öffentlich, daß er in der Kaserne nicht festgehalten worden sei, sondern sich zu Verhandlungen dort aufgehalten habe.

Heute früh wurden Flugblätter der beiden Infanterieregimenter 119 und 125 verbreitet des Inhalts, daß die Truppen sich reiflos der Regierung Ebert-Scheidemann und der württ. Regierung zur Verfügung stellen. Die Bürgerschaft wurde zur Teilnahme an einer Kundgebung gegen Spartakus aufgefordert. Es soll nun zur Gründung einer freiwilligen Volkswache geschritten werden.

Die Gegenkundgebung.

Um 2 Uhr sammelten sich trotz des Regens auf dem Gewerbehalleplatz einige tausend Menschen, Männer und Frauen und Soldaten. Von der Kampe der Gewerbehalle, vor der württembergische und reichsdeutsche Fahnen aufgefahnen waren, sprachen verschiedene Redner, darunter Konrad Haushmann, unter starkem Beifall gegen die aus Aufruhr angeführten Umtriebe der Spartakisten und Unabhängigen. Während der Versammlung erkündten von der Schlossstraße der Schüsse, die eine Zeitlang in ein richtiges Geknatter übergingen.

Aufruf an das württ. Volk.

Die prov. Regierung Württembergs, gezeichnet Bloß, ließ heute vormittag einen Aufruf an das württembergische Volk verteilen, worin sie die gestrigen Vorgänge als einen Ueberfall der Spartakusleute auf die Regierung bezeichnet, der heute fortgeführt und mit Waffengewalt und Untervergehen zur Herrschaft des Terrors noch vor den Wahlen zur Landesversammlung gebracht werden soll. Deshalb sieht sich die prov. Regierung gezwungen, nunmehr mit aller Entschiedenheit zuzugreifen. Sie hat sich unter den Schutz der Sicherheitskompanien gestellt und diese beauftragt, mit aller Entschiedenheit die Entwaffnung der Rube- und Friedenshörer durchzuführen. Kerner fordert sie die Volksgenossen auf, die provisorische Regierung bei dieser Arbeit in den nächsten Tagen mit allen Kräften zu unterstützen.

Verbot der Straßenkundgebungen. Fischer abgesetzt.

Auf die Aufforderung der Garnison Stuttgart sind im Einvernehmen mit den großen Garnisonen des Landes haben der Garnisonrat Stuttgart und die Soldatenräte der Regimenter 119 und 125 bei der Regierung folgenden Antrag gestellt:

- 1. Ab 10. Januar 1919 werden Straßen-Demonstrationen strengstens untersagt, Ansammlungen haben zu unterbleiben, jeder hat seiner Arbeit nachzugehen. 2. Der Leiter des Kriegswesens Fischer ist, seiner Dienststellung enthoben. Fischer wurde von den Soldatenräten nur unter der Zusage, daß er den Standpunkt der Mehrheits-Sozialdemokratie einnehme, mit der Wahrnehmung seines Amtes beauftragt. 3. Die Wahlen finden, wie schon bekanntgegeben, ordnungsmäßig statt. Störung der Wahlhandlung zieht schwere Bestrafung nach sich. 4. Den Anordnungen der Sicherheitsorgane ist Folge zu leisten.

Die provisorische Regierung hat diesen Antrag zum Beschluß erhoben, wovon Ministerpräsident Bloß der Einwohnerschaft Stuttgarts durch eine Bekanntmachung Kenntnis gibt.

Das tatkräftige Auftreten der Regierung, des Garnisonrats und der Soldatenräte hat anscheinend seine Wirkung nicht verfehlt. Starke Patrouillen durchzogen die Straßen und die Regierungsgebäude erhielten starke Wachen. Die Banken sind geschlossen. Bewaffnete Märierte mit Stahlhelmen durchzogen die Straßen. Beinahe hört man Revolvergeschüsse.

Crispien (Minister des Innern) und Fischer haben ihre Ämter niedergelegt. In einem Schreiben an den Landesausführer der Soldatenräte protestieren sie gegen die „Rumpfregierung vom 9. Januar“ und erwarten von den Arbeiter- und Soldatenräten, daß sie unverzüglich die Umbildung der Regierung vornehmen.

Vor dem „Schwäb. Merkur“ und der „Württembergischen Zeitung“ kam es zu Schießereien. Gerüchthweife verlautet, 15 Personen seien tot, viele verwundet.

Stuttgart, 10. Jan. (Soldatenversammlung.) Bei der großen Demonstration an der Gewerbehalle hatte nach der Mitteilung des Ministers Heymann der frühere Reichstagsabgeordnete Konrad Haushmann die Versammelten aufgefordert, auch dadurch hinter die Regierung zu treten, daß sie das Verbot von Straßenkundgebungen sofort berückichtige und ihren gesetzlichen Sinn dadurch beweise. Er lade die Feldgrauen ein und ebenso den anwesenden Reichstagskollegen Reil der Versammlung im Dinkelader beizuwohnen. Diese fand um 4 Uhr statt und nahm einen höchst interessanten Verlauf. Dadurch daß zuerst Konrad Haushmann und dann Reil die politische Lage besprachen und die trennenden und einigenden Kräfte hervorhoben. Außerdem sprach eine Reihe von Feldgrauen u. a. Heß und Frid. Unter stürmischem Beifall sprach Haushmann aus: „Spartakus hat die Demokratie und die Sozialdemokratie, welche auch den Saft kraftvoll verteidigen, einander in der Stunde der Gefahr näher gebracht.“

Letzte Nachrichten.

Die Lage in Berlin.

W.B. Berlin, 10. Jan. (Amtlich.) Der Spartakusaufbruch bricht zusammen. Die Initiative liegt fest in der Hand der Regierungstruppen. Die Aufständischen sind völlig in die Verteilung gedrängt u. vermögen auch diese nur mühsam durchzuführen. Man darf mit Sicherheit auf den Fortgang dieser Entwicklung rechnen. Das Rathaus und die Artilleriewerkstätten im Norden und Süden Spanbau sind von Regierungstruppen genommen worden.

W.B. Berlin, 11. Jan. Von amtlicher Seite wurde um 10 Uhr gestern Abend mitgeteilt: Die Lage ist für die Regierung äußerst günstig. Größere Unternehmungen fanden gestern nicht statt. Es kam nur zu vereinzelten Schießereien. Von den Regierungstruppen sind bisher keine Verluste gemeldet worden. Um den Besitz des Post-Hauses wurde gestern früh und gestern nachmittag wieder gekämpft. Jedoch wurde von den Truppen nur ein mäßiges Gewehrfeuer auf das Haus abgegeben. Die „Liberalen Korrespondenz“ wurde von den Spartakisten besetzt und am Morgen verbrannt. Die Bureaus der Demokratischen Partei in der Zimmerstraße und in der Köthener Straße wurden von den Spartakisten aufgehoben.

Zu Spandau haben die Regierungstruppen gestern einen großen Erfolg gehabt. Sie haben das Rathaus genommen. Ferner konnten sie die gesamten Artilleriewerkstätten und die

Gewerkschaft nehmen. Bei diesen Unternehmungen wurden die beiden Führer der Spartakisten tödlich verwundet.

Die Stimmung ist sehr zuversichtlich. Man hofft, in aller nächster Zeit die Lage zu klären.

WZB. Berlin, 11. Jan. Die Zahl der Toten betrug bis vorgestern Abend 180 Personen. Es handelt sich zum Teil um Aufständische, zum Teil um unschuldige Passanten, während die Verluste der Regierungstruppen bisher überaus gering sind.

WZB. München, 11. Jan. Die Ansammlungen an dem Bahnhof haben vorgestern einen folgenschweren Ausgang genommen. Als nach verschiedenen Warnungen die Wachmannschaften kurz vor 11 Uhr nachts zur Säuberung des Platzes schritten, kam es zu einer bis zur Stunde noch nicht aufgeklärten kurzen, aber heftigen Schießerei, die erhebliche Opfer forderte. 3 Frauen und 2 Männer, darunter ein Soldat, sind tot, 15 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Berlin, 11. Jan. Das "Achtuhr-Abendblatt" meldet: Eine riesige Demonstration für die Einigung sämtlicher sozialistischer Parteien fand gestern Vormittag im Humboldtshain statt. Dort hatten sich um 10 Uhr viele tausend Personen versammelt, die aus Arbeitern fast sämtlicher Berliner

Betriebe, sowie Angehörigen der drei sich feindlich gegenüberstehenden sozialistischen Parteien zusammengesetzt waren. Die ganze Stimmung der Versammlung zeigte, daß sie eine bringende Einigung herbeiführte. Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Teilnehmer zu einem riesigen Zug und zogen durch die Brunnensstraße in das Innere der Stadt.

WZB. Berlin, 11. Jan. Wie die "Tägliche Rundschau" meldet, sind die viertägigen Straßenkämpfe im Reitzungsbiertel zu einem merkwürdigen Abschluß gekommen. Gegen Zehnhalb Uhr verhandelten einzelne Posten der Regierungstruppen mit den eingeschlossenen Spartakisten, die Feindseligkeiten vorläufig einzustellen, um dadurch den Abschluß eines Waffenstillstandes zu ermöglichen. Die Ursache dazu mag wohl in den Beschläffen der Arbeiterschaft der Groß-Berliner Betriebe zu suchen sein, wo es unter dem Schlagwort: "Ueber die Axt der Führer hinweg!" zu einer Einigung der Arbeiter der einzelnen Betriebe der drei sozialdemokratischen Richtungen bereits gekommen ist. Die beiden kämpfenden Parteien einigten sich zunächst dahin, das Kampfgebiet waffenlos abzusperren und dann durch Vertreter Verhandlungen einzuleiten. Um 5 35 Uhr kamen die Verhandlungen zwischen dem zweiten Kommandanten

von Berlin, Kubitz, und dem Kommandanten der Besatzungstruppen der obengenannten Häuser, Drach, zu folgendem Ergebnis: Die Regierungstruppen verpflichten sich 1) vom dem Inkrafttreten des Vertrages ab die gesamten Feindseligkeiten einzustellen; 2) die örtliche Lage bleibt beiderseits unverändert; 3) jede Verstärkung der Position muß unterbleiben; 4) die die Gebäude berührenden Straßen sind von 8 Uhr abends ab für den Verkehr freizugeben; 5) die Sicherheit des Verkehrs in den Straßen übernehmen beide Parteien zu gleichen Teilen; 6) vor Aufnahme neuer Feindseligkeiten ist dieser Vertrag von einer Partei mit einer 12-tägigen Kündigungsfrist aufzuheben. Die Kündigung erfolgt einerseits bei der Kommandantur, andererseits bei Herrn Drach, in beiden Fällen schriftlich; 7) Abmachungen zwischen den Verlegern und der Besatzung berühren diesen Vertrag nicht. Der Vertrag war um 6 30 Uhr unterzeichnet. Der Abschluß dieser Verhandlungen wurde dann sofort der draußen harrenden Menschenmenge bekannt gemacht, wobei es zu lauten Freudenfesten kam.

... und Vertrag der ...
für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig 2 a L.

Siezu zwei Beilagen.

Ständesgenossen von der Scholle!

Hurra! Lieb Vaterland magst ruhig sein!

Die Demokratie hat, wie aus dem Kufus derselben ersichtlich, ihr **bauernfreundliches Herz**

entdeckt und ergläht in jugendlich züchtiger Liebe zum Bauernstand. Sie schent sich nicht, mit den alten Bodenhütern von adeligen Großgrundbesitzern, Kriegsverlängerern, uferlosen Eroberungsplänen usw. die Bestrebungen anderer Denkender in den Not zu ziehen, um noch recht viele von uns Bauern mit ähnlichen demokratischen Sittenengeln, wie sie seit lange auch von über dem großen Wasser

zum guten deutschen Michel

herüberzuschauen und dem Bauern des 8 Stundentages zu sich zu ziehen.

Die Demokratie glaubt nämlich, daß wir Bauern gerade so wie sie, die Volksbeglückerin, die ausgebreiteten Geleise historischen Wissens verlassen haben, wie ihr Parteigott Payer, den die Revolution auch gestürzt hat, einst von hoher Stelle empfohlen hatte. Nein für uns Bauern sind diese ausgebreiteten Geleise des historischen Wissens wahre Fundgruben. Wir haben sie noch in gutem Gedächtnis, diese Zeiten, wo es hieß:

Wie Freihandel, wie Schutz der Landwirtschaft!

Wo war die Demokratie zu finden in diesen Jahren? Sie war die Schutztruppe des Freihandels, des Börsentums, als deren Vollstrecker Caprivi uns Bauern die bekannten Handelsverträge auf Kosten der Landwirtschaft bescherte, deren Wirkungen wir

jahrelang am eigenen Leibe

verspürt haben.

Liebe Ständesgenossen! Nach Friedensschluß kommen als Notwendigkeit die neuen Handelsverträge, um unseren Verkehr mit allen Ländern wieder zu ermöglichen. Da ist mit größter Sicherheit anzunehmen, daß die gesamte Demokratie Hand in Hand mit der Sozialdemokratie aller Farben, wie immer, wenn dem Freihandel und dem Börsentum ein Raum angelegt werden soll, vollständig versagt. Hier liegt die große Gefahr für uns Bauern, nicht im 8 Stundentag, der ja, wie der Kritiker selbst schreibt, sowie unmöglich ist, noch viel weniger aber in der Verstaatlichung der Felder. Wer wird auch von diesen Herren Zukunftsältern sich mit landwirtschaftlicher Arbeit beschmutzen wollen? Das überlassen uns diese Herren bald wieder allein; in diesem Stück sind sie die Anspruchslöcher selber.

Die nächste zukünftige Regierung, die fast rein demokratisch-sozialistisch sein wird, wird bereits mit dem Schlagwort: „Billiges Brot“ diese Handelsverträge vorlegen und die gesamte Linke, von Hausmann bis zur „roten Rosa“ wird dazu ihren Segen geben, daß der Bauer nachher die Hände über dem Kopf zusammenschlagen wird. Darum könnt Ihr Euch fest verlassen! Von der Demokratie haben wir

keinen Schutz zu erwarten,

die hat für die Landwirtschaft nie etwas übrig gehabt, als schöne Reden für uns Bauern vor dem Wahltag. Wer die Reichstagsberichte vor dem Krieg bis zurück auf Bismarck durchblättert, wird dies Blatt für Watt beständig finden. Die Demokratie, dieses jüdische Gewächs, genährt von jüdischem Kapital und von der

jüdisch-demokratischen Presse

großgezogen, wird uns in Zukunft etwas pfeifen, daß uns Hören und Sehen vergeht. Betrachtet Euch die Herren, die jetzt für „Freiheit und Recht“ von Ort zu Ort reisen und von lauter Liebe zum Bauernstand trüben! Alles, bloß keine Bauern! Beamte, Rechtsanwälte, Professoren und vor allen Dingen — Lehrer. Auch den Wahllooschlag der Demokratie seht Euch an! Da kommt so recht die Liebe zur Landwirtschaft zum Ausdruck. Darum kann ich mir gar keinen Verfassgenossen vorstellen, der so dumm sein würde, das Wort wahr zu machen: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber“. Darum liebe Ständesgenossen, überlegt es Euch, es geht um Eure Zukunft und das Glück Eurer Kinder!

Auch die Kirchenfreundlichkeit der Demokratie wird sich später in der Praxis, wie früher immer schon von derselben Echtheit erweisen, wie die Liebe zu uns Bauern. Darum Du Bauernfrau und Mutter, Du mußt gehen und wählen, wenn Dir des Vaterlandes und deiner Kinder Wohl am Herzen liegt. Du vor allem wähle keinen Demokraten oder Sozialdemokraten. Auch die Jugendlichkeit „geistiger“ Mitkämpfer, wie sie der Kritiker auf sein Kellameschild in marktschreierischer Weise aufmalt, wird für diese Partei keinen Sauerteig bedeuten.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, das gilt auch hier und alle politische Erfahrung sagt: Die Frucht der Demokratie ist die Sozialdemokratie.

Einer aus Euren Reihen.

Altensteig.

Fahrnis-Verkauf.

Am Mittwoch, den 15. Januar von vormitt. 10 Uhr ab werden gegen Barzahlung verkauft:

2 Betten mit Bettlatten und Koff, sowie sonstiges Bettzeug, verschiedenes Schreinerwerk, Frauenkleider, Glas und Porzellan, Küchengeräte und sonstige Gegenstände.

Friedrich Wurster, Bäcker.

Preislisten

über Anton Webers

Patent Hausback-

und Fleischränderöfen

und erhältlich bei

Friedrich Saalmüller

Altensteig.

Offener Brief an eine Landfrau.

Liebe Freundin!

Ich habe gehört, daß du nicht gesonnen bist, dein Wahlrecht auszuüben. „Mich bringen keine sechs Gän' zum Wählen aufs Rathaus“ sollst du gesagt haben.

Das mag wohl sein; zwingen läßt sich ein rechter Mensch überhaupt nicht. Aber vielleicht gehst du freiwillig, wenn ich dir die Sache auseinandersetze. Bilde dir ja nicht ein, daß du jemand anderem einen Gefallen tust, wenn du wählst; du tust es ganz in deinem eigenen Interesse.

1. Wenn dir daran liegt, daß dein Haus und Hof in der Familie bleibt und deiner Hände Arbeit dich und die deinigen nährt, so mußt du wählen. Denn es gibt Leute, die nichts lieber wollen als austreten, was du erpart und erhasst hast.

2. Wenn du willst, daß deine Kinder zu allem Guten erzogen werden, wie es von jeher in deiner Gemeinde der Brauch gewesen ist, so mußt du wählen. Denn es gibt Leute, die im Sinn haben, alle Religion aus der Schule hinauszuerwerfen.

3. Wenn du willst, daß es noch eine Kirche gibt und einen Pfarrer, der deine Kinder taufet, die Brautpaare traut und die Toten einsegnet, so mußt du wählen. Denn es gibt Leute, die allen Pfaffen, wie sie sie heißen, den Untergang geschworen haben.

4. Wenn du willst, daß auch der kleine Handwerker noch sein Brot finden und gute Ware liefern kann, statt daß alles in Fabriken gemacht wird, so mußt du wählen. Denn es gibt Leute, die am liebsten nur noch ganz große Betriebe bestehen lassen wollen.

5. Wenn du willst, daß im deutschen Vaterlande nach der schweren Kriegszeit wieder bessere Zustände kommen und jeder Mensch im Frieden seiner Arbeit nachgehen kann, so mußt du wählen. Denn es gibt Leute, die daran sind, alle Ordnung umzuwälzen, wenn sie nämlich die Macht dazu bekommen.

6. Ueberhaupt wenn du willst, daß jeder im Lande seines Fleißes froh werden kann, so mußt du wählen und zwar die Partei, die für das alles mit tüchtigen Männern und Frauen eintritt und das ist

die demokratische Partei.

7. Denke nun aber ja nicht: das wird auch alles ohne mich gemacht, es kommt auf meine Stimme nicht an. Die andern, die das wollen, was du nicht willst, stehen alle zusammen; da fehlt nicht eines. Wenn du gegen sie aufkommen willst, so mußt nicht nur du wählen, sondern auch deine Töchter und deine Mägde dazu anhalten.

8. Da du nun alles das weißt, so wirst du keine Pferde brauchen, die dich zum Wählen ziehen müssen, so wenig du sie brauchen würdest, wenn dein Haus in Brand stünde und du müßtest zum Löschen kommen. Denn ich weiß, daß du eine geschickte Frau bist, die bedenkt, was für sie und die ihrigen zum Besten dient.

Und somit auf Wiedersehen am Wahltag bei der demokratischen Partei.

Fussboden - Riemen,
Brüstungstüfel - Bretter

und sonstige Hobelware liefern wieder fortlaufend

Graf u. Kohler, Säge- und Hobelwerk

Dornstetten. Telephon Nr. 1.

Auf zur Wahl!
 Gebt den Stimmzettel des württembergischen Bauernbundes ab!

Jede Stimme ist wertvoll und zählt.
 Sorgt für eine gute, richtige, zahlreiche
 Vertretung der Landwirtschaft und des
 Mittelstandes.

**Arbeitet für die Wahl tüchtiger Vertreter
 aus der württemb. Landwirtschaft.**

Wähler und Wählerinnen!

Wir richten an euch in letzter Stunde den dringenden Appell, fest auszuhalten im Dienst der Freiheit und des Rechts und zu den Errungenschaften der Revolution zu stehen.

Wer sich wenden will gegen Militärarokratie und Kapitalismus, gegen Anarchie und Gewalttätigkeit, der trete hinter die Vorkämpfer von Demokratie und Sozialismus und stimme für den Wahlorschlag:

- Blos, Wilhelm**, Schriftsteller u. Mitglied der provisorischen Regierung, Vögeloch.
 - Hegmann, Berthold**, Redakteur und Mitglied der provisorischen Regierung, Stuttgart.
 - Andemann, Dr. Hugo**, Schriftsteller und Mitglied der provisorischen Regierung, Vögeloch.
 - Reil, Wilhelm**, Redakteur, früher Land- und Reichstagsabgeordneter, Ludwigsburg.
 - Schradin, Laura**, Hausfrau, Neutlingen.
 - Klogbächer, Joh.**, Lokomotivführer, Stuttgart.
 - Mil, Jakob**, Landwirt und Gemeinderat, Sobelshausen.
 - Söhrling, Friedrich**, Kaufmann und Gemeinderat, Ulm.
 - Schlegel, Louis**, Gastwirt und Gemeinderat, Ehlingen.
 - Feuerstein, Franz**, Sekretär des Verbandes württembergischer Konsumvereine, Stuttgart.
 - Fleig, Matthias**, Lagerhalter und Gemeinderat in Schwaningen.
 - Salmann, Dr., Paul**, Professor, Stuttgart.
 - Fischer, Friedrich**, Buchhändler, Stuttgart.
 - Grühner, Albert**, Sergeant beim Feldartillerieregiment Nr. 13.
 - Schiffederer, Wilhelm**, Mechaniker bei Daimler, Cannstatt.
- Niemand fehle an der Wahlurne! Auf jede einzelne Stimme kommt es an!
 Sozialdemokratische Partei Württembergs.

Altensteig.

**Feuerzeug-
 Zündsteine**

bester Qualität
 in Hülsen von 3 Stück
 gibt räumungshalber die Hülsen
 zu 25 Pfg. ab

**C. W. Lutz Nachflg.
 Fritz Bühler Jr.**

Kirchliche Nachrichten.

I. Sonntag u. Ersch.-Fest, 12. Jan. Es. Gottesdienst um 10 Uhr in der Kirche. Lieder: 173, 250. Darauf Kindergottesdienst. 1/2 2 Uhr Christenlehre, Töchter. **Donnerstag 1/8 Uhr** Bibelstunde im Jugendheim.

Gemeinschaft Jugendheim.
 Sonntag Abend 1/8 Uhr Versammlung

**Wahl zur verfassunggebenden
 deutschen Nationalversammlung.**

Die Wahl ist auf

Sonntag, den 19. Januar 1919

anberaumt und findet in der Stadtgemeinde Altensteig in 2 Abstimmungsbezirken statt:

Bezirk I (Nr. 3 des Oberamtsbezirks) umfasst den Stadteil links des Rogolbflusses. Wahllokal: Sitzungssaal des Rathauses; Wahlvorsteher: Stadtschultheiß Welker, Stellvertreter Sparkassier Walz.

Bezirk II (Nr. 4 des Oberamtsbezirks) umfasst den Stadteil rechts des Rogolbflusses. Wahllokal: Schulsaal des Hauptlehrers Rüchele im unteren Schulhaus. Wahlvorsteher: Stadtschreiber Pfizenmaier, Stello. Kaufmann Paul Beck.

Die Abstimmung dauert ununterbrochen von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr. Nach 8 Uhr dürfen nur noch die schon vor 8 Uhr im Wahlraum erschienenen Wähler abstimmen.

Im Uebrigen wird auf den Ausschlag an den Wahllokalen hingewiesen.

Altensteig, den 11. Jan. 1919.

Gemeinderat.

Fünfsbrunn-Zimmersfeld.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Donnerstag, den 16. Januar 1919

stattfindenden Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zur Sonne in Fünfsbrunn

freundlichst einzuladen.

Martin Frey

Zimmerman in Fünfsbrunn.

Elisabeth Schauble

Tochter des Mich. Schauble
 Wagners in Zimmersfeld

Kirchgang um 11 Uhr in Zimmersfeld.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegen zu nehmen.

Das Volk will Freiheit und Ordnung

Das haben in einer gewaltigen Kundgebung die Stuttgarter bezeugt, die sich gestern auf eine demokratische Anregung hin zu Zehntausenden an dem Stuttgarter Rathaus versammelt haben.

Die Deutsche demokratische Partei

tritt entschlossen hinter die entschlossene Regierung. Der Staat muß

gegen die Staatsfeinde

geschützt werden. Geschützt werden muß die Freiheit der Wahl gegen den Anschlag der Volksfeinde, die der Spruch des Volks niederschlagen wird. — Der Staat muß demokratisch, gerecht und sozial werden.

Deshalb stimmt am 12. Januar für die Kandidaten der

Deutschen demokratischen Partei.



Auf **Auf**!

An die Wählerinnen und Wähler von Dorf und Stadt Wählerinnen! Wähler!

Die Stunde naht, wo ihr Euch entscheidet, wie das künftige Deutschland und unser Württemberg geschaffen und regiert werden soll. Es ist der entscheidendste Schritt, den ihr je in Eurem Leben tut, denn niemals wieder werdet ihr eine so verantwortungsvolle Aufgabe bekommen, am Geschick des ganzen Volkes mitzubestimmen, denn es ist keine gewöhnliche Reichstags-, auch keine gewöhnliche Landtagswahl, es ist die Wahl für eine Volksvertretung, von der neue Staatseinrichtungen geschaffen, überhaupt der ganze gesellschaftliche Zustand neu aufgebaut werden muß. Da es uns nun um die Erhaltung des gewerblichen als auch des landwirtschaftlichen Mittelstandes und Kleingewerbe-standes sehr zu tun ist, so sagen wir Euch **wen wir wählen.**

Wir wählen Württembergische Bürgerpartei!! Warum wählen wir Bürgerpartei?

Weil sie ein vollständig demokratisches Programm als Grundlage ihres Wirkens aufgestellt hat, weil sie Gewähr dafür bietet, daß sie sich an ihr Programm hält, indem sie sich seither auch voll und ganz an ihr Programm gehalten hat; weil sie sowohl den Kapitalismus als auch den Kommunismus aufs schärfste bekämpft; weil sie neben sechs Handwerksmeistern, eine große Anzahl kleinerer und mittlerer Kandidaten an aussichtsreicher Stelle ihres Wahlzettels aufgestellt hat und weil sie vor allen Dingen das alte Programm aufgegeben hat und sich anschickt, mehr für die schwächeren Schultern Erleichterung zu schaffen.

Wir wählen nicht deutsch demokratisch! Warum wählen wir nicht deutsch demokratisch?

Weil der Namen der Partei eigentlich nur noch demokratisch, das Programm dagegen sozialistisch ist; weil sie un-umwunden erklärt, daß sie ihre Tätigkeit mit der sozialistischen Partei und vielleicht auch noch mit dem Zentrum zusammen entfalten werde; weil sie bisher immer allen Ständen gutes zu schaffen versprochen hat, bei dem Versprechen aber es immer geblieben ist; weil eine Partei, die das einmal links, das andere mal rechts Hilfe sucht, niemals sich an ihr Programm halten kann; weil sie in ihrem Wahlvorschlag an aussichtsreicher Stelle lauter Rechtsanwälte, Kommerzienräte, Geh. Hofräte, Fabrikanten und sonstige Kapitalisten stehen hat; weil sie zwangsweise Lohnzahlungen einzuführen beabsichtigt, indem sie den Arbeitern eine gesetzliche Sicherung tarifvertraglicher Abmachungen und Ausbau des gewerblichen Einigungswesens unter einem Reichseinigungsamt in Aussicht stellt. Das freie Lohnvereinbarungsrecht zwischen Arbeiter und Arbeitgeber soll dadurch unterbunden werden, dann gibt es bloß noch Mindestarbeitslöhne. Der achtstündige Arbeitstag ist von ihrem Parteiführer rückhaltslos in Stuttgart anerkannt worden. Wir wählen demokratische Partei nicht, weil sie ferner für den gewerblichen Mittelstand gar nichts übrig hat, als daß es eine Staatsnotwendigkeit wäre, ihn wieder aufzurichten, was selbst die Sozialdemokratie anstrebt und unterstützt, in Wahrheit aber auf den reinen Industriestaat lossteuert!

Wählerinnen, Wähler,

geht alle die ihr an dem Fortbestand, an dem Blühen und Gedeihen des Mittelstandes ein Interesse habt, in gleichem Sinne mit uns zur Wahlurne und

wählt nur die Württembergische Bürgerpartei!!

Biele Wähler des gewerbl. und landw. Mittelstandes.